

# Inhaltsübersicht

<b>Vorwort</b> .....	V
<b>Inhalt</b> .....	IX
<b>Einleitung</b> .....	1
A. Motivation.....	1
B. Eingrenzung des Untersuchungs- und Betrachtungsgegenstands .....	6
C. Gang der Untersuchung .....	19
<b>1. Kapitel Die Repräsentation privater Lebensgestaltung in personen- bezogenen Daten als Bezugspunkt der Ökonomisierung und des Selbstschutzes</b> .....	25
A. Transdisziplinär-definitive Konkretisierung des Datenbegriffs .....	25
B. Reflektion der informationellen Entwicklungsstufen aus Daten, Information und Wissen im datenschutzrechtlichen Rechtsrahmen .....	35
C. Reflektion der informationellen Entwicklungsstufen aus Daten, Information und Wissen im rechtsgebietsübergreifenden Diskurs .....	55
D. Der Personenbezug als Anknüpfungspunkt des Datenschutzes.....	65
<b>2. Kapitel Schutzziele des informationellen Grundrechtsschutzes im europäischen Mehrebenensystem</b> .....	79
A. Architektur des informationellen Schutzkonzepts nach den Verbürgungen des deutschen Verfassungsrechts .....	80
B. Verbürgungen der EU-Grundrechtecharta für eine einfachrechtliche Gestaltung des informationellen Schutzkonzepts .....	204
C. Einflussrahmen im Mehrebenensystem informationellen Grundrechtsschutzes....	261
D. Fazit .....	276
<b>3. Kapitel Unterbindung von Datenzugriffen als Maßnahme des Selbstdatenschutzes auf mobilen intelligenten Endgeräten</b> .....	279
A. Einsatz von Softwareanwendungen zur Unterbindung von Datenzugriffen im Spannungsverhältnis zum Paradigma der Daten als Gegenleistung aus Nutzerperspektive .....	280
B. Bereitstellung von Softwareanwendungen zur Unterbindung von Datenzugriffen im Spannungsverhältnis zu datenbasierten Geschäftsmodellen.....	431
C. Fazit .....	493
<b>4. Kapitel Inhaltliche Manipulation von Daten als Maßnahme des Selbstdatenschutzes auf mobilen intelligenten Endgeräten</b> .....	497
A. Datenmanipulation als Selbstdatenschutzmaßnahme im Spannungsverhältnis zum Vertrag über Daten als Gegenleistung (Datenvertrag).....	499
B. Optionen und vertragsrechtliche Grenzen des Selbstschutzes durch	

3. Überwindung des Privatsphärengedankens durch das informationelle Personenmodell.....	44
a. Interaktion, Individualinformation und Identitätsbildung .....	45
b. Die Digitalisierung im Wechselspiel zu Mechanismen der gesellschaftlichen Machtverteilung und Machtkontrolle .....	48
II. »Daten« in Anschauung des Datenschutzrechts.....	49
1. Orientierung der Definition am übergeordneten Schutzzanliegen .....	50
2. Verlagerung des grundrechtlichen Betrachtungswinkels? .....	51
3. »Informationsschutz«.....	53
4. Wissensregulierungsrecht.....	54
5. Aggregatzustand von Daten.....	55
III. Zwischenergebnis .....	55
<i>C. Reflektion der informationellen Entwicklungsstufen aus Daten, Information und Wissen im rechtsgebietsübergreifenden Diskurs.....</i>	55
I. Strafrechtliches Begriffsverständnis.....	56
II. Daten im Wettbewerbsrecht.....	58
III. Diskursive Internalisierung der informationellen Entwicklungsstufen aus Daten, Information und Wissen in der juristischen Literatur .....	59
1. Wechselwirkungen zwischen Rohdaten und Metadaten .....	59
2. Die Verkörperung als Anknüpfungspunkt.....	61
3. Unterscheidung zwischen Semantik und Syntax maschinenlesbarer Codes ...	62
IV. Fazit: Extensive Bedeutung des Datenbegriffs.....	64
<i>D. Der Personenbezug als Anknüpfungspunkt des Datenschutzes.....</i>	65
I. Inhaltsbezug zu einer natürlichen Person .....	66
II. Identifizierbarkeit.....	67
1. Objektives Modell .....	69
2. Relatives Modell .....	70
3. Vermittelndes Modell.....	70
a. Individuelle Bestimmung der Zugangsmöglichkeiten.....	72
b. Abstrakte Bestimmung der Zugangsmöglichkeiten .....	72
4. Verfügbare Technologie und technologische Entwicklung .....	74
III. Pseudonymisierung.....	75
IV. Fazit.....	77
<b>2. Kapitel Schutzziele des informationellen Grundrechtsschutzes im europäischen Mehrebensystem.....</b>	<b>79</b>
<i>A. Architektur des informationellen Schutzkonzepts nach den Verbürgungen des deutschen Verfassungsrechts .....</i>	<i>80</i>
I. Datenschutzrechtliche Gewährleistungen des Grundgesetzes .....	80
1. Ausprägungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts.....	83
2. Schutzgegenstand des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.....	86
a. Schutzdimensionen .....	86
b. Der Gedanke des Vorfeldschutzes .....	89
c. Prozeduraler Schutz .....	92
3. Schutzgegenstand des Rechts auf Selbstdarstellung .....	92

a.	Schutzdimensionen .....	93
b.	Aufspaltung in Teilidentitäten .....	95
II.	Reichweite im Privatrechtsverhältnis .....	98
1.	Lehre der unmittelbaren Drittwirkung .....	99
2.	Lehre der mittelbaren Drittwirkung .....	101
3.	Staatliche Schutzpflichten vor privater Datenverarbeitung .....	102
a.	Einheitliches Schutzniveau für staatliche und private Datenverarbeitung .....	105
b.	Geringere Schutzanforderungen im horizontalen Verhältnis .....	105
aa.	Gedanke der Selbstverantwortung durch Selbstgefährdung .....	106
bb.	Schwellwert der Sensibilität oder Intimität .....	107
cc.	Marktmodelle .....	108
dd.	Machtungleichgewicht oder Machtmissbrauch .....	110
c.	Verwirklichungsbedingungen wirksamer Gewährleistung informationeller Selbstbestimmung .....	111
d.	Staatlicher Schutz durch Eröffnung privaten Selbstschutzes .....	113
4.	Zwischenergebnis .....	115
III.	Kommerzialisierung der Selbstbestimmung und Selbstdarstellung .....	115
1.	Die Ebenen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und der Schutz kommerzieller Interessen .....	117
a.	Dualismus aus Persönlichkeitsschutz in ideellem Interesse und Kommerzialisierbarkeit materialisierter Persönlichkeitsgüter? .....	118
b.	Monistischer Ansatz .....	122
c.	Beschränkung des verfassungsrechtlichen allgemeinen Persönlichkeits- rechts auf den Schutz ausschließlich ideeller Interessen .....	124
d.	Zwischenergebnis: Zivilrechtlicher Schutz des Prominentenstatus .....	126
2.	Verortung des Schutzes personenbezogener Daten in Art. 14 GG .....	129
a.	Konzepte einfachrechtlicher Qualifikation von Daten als translativem Verfügungsgegenstand de lege lata .....	132
aa.	Dateneigentum folgt dem Eigentum am Trägermedium .....	134
bb.	Entwurf auf Basis von § 950 BGB .....	136
i.	Verarbeitung als Rechtsentstehung .....	137
ii.	Bewertung .....	138
cc.	Herleitung eines Dateneigentums aus den Wertungen des Strafrechts .....	142
i.	Skripturakt als Eigentumsverschaffung .....	142
ii.	Konkretisierung über das Datenschutzrecht .....	144
iii.	Bewertung .....	144
dd.	Sachgenerierte Daten als Früchte oder Nutzungen .....	148
i.	Daten als Sach- oder Rechtsfrüchte nach § 99 BGB .....	148
ii.	Nutzungen nach § 100 BGB .....	150
iii.	Bewertung .....	150
ee.	Zwischenergebnis .....	152
b.	Konzepte einfachrechtlicher Qualifikation von Daten als Verfügungsgegenstand de lege ferenda .....	152
aa.	Recht des Datenerzeugers .....	153
i.	Recht des Skribenten an der syntaktischen Ebene .....	154
ii.	Bewertung .....	155

bb.	Recht der betroffenen natürlichen Personen.....	156
i.	Der »Property-Rights-Ansatz« .....	157
ii.	Neue Taxonomie von Datenverfügungs- und Kontrollrechten	159
cc.	Konstitutive Qualifikation von Daten als Verfügungsgegenstand nach dem Vorbild des Urheberrechts .....	162
i.	Informationsebenen .....	163
ii.	Datennutzungslizenzen.....	164
iii.	Schranken.....	165
c.	Konzepte kollektiver Wahrnehmung .....	167
aa.	Datentreuhänder.....	167
i.	Begründung .....	168
ii.	Bewertung.....	169
bb.	Repräsentatives, zivilgesellschaftliches Bürgerrecht als digitales Dateneigentumsrecht .....	170
i.	Begründung .....	170
ii.	Bewertung.....	171
d.	Zwischenergebnis .....	172
3.	Ablösbarkeit vermögenswerter Güter aus der Persönlichkeit .....	173
a.	Persönlichkeitsrechtliche Dispositionsgrenzen .....	174
aa.	Kommodifizierung des Menschen im Konflikt mit der Menschenwürde .....	175
bb.	Staatliche Pflicht zum Schutz vor sich selbst bei autonomer Freiheitsbeschränkung durch Freiheitsausübung?.....	176
cc.	Autonomiesicherung durch Freiheitsbeschränkung zur Freiheitsausübung .....	181
b.	Vermögenswerte Bestandteile des zivilrechtlichen Persönlichkeitsrechts	184
aa.	Untrennbare Verknüpfung mit höchstpersönlichen Bestandteilen und postmortales Eigenleben .....	184
bb.	Beschränkte Handelbarkeit durch Lizenzierbarkeit zu Lebzeiten?.	187
c.	Separierbarkeit zwischen Daten und Datensubjekt .....	189
aa.	Der Menschenwürdekern des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung .....	189
bb.	Persönlichkeitsbezug.....	190
cc.	Reichweite der Bestimmungsmöglichkeiten über die informationelle Selbstbestimmung.....	191
d.	Objektiv-rechtlicher Gehalt des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.....	195
aa.	Funktionsbedingung des freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens .....	196
bb.	Kommunikationsfunktion von Daten .....	199
cc.	Mehrrelationalität von Daten .....	200
IV.	Zwischenfazit: Verfassungsrechtliche Mindestanforderungen für einen Ökonomisierungsrahmen und Verbürgungen des Selbstschutzes .....	201
B.	<i>Verbürgungen der EU-Grundrechtecharta für eine einfachrechtliche Gestaltung des informationellen Schutzkonzepts .....</i>	204
I.	Historische Fundamente der Grundrechte auf Privatleben und Datenschutz.....	206
1.	Entwicklung aus dem Recht auf Achtung des Privat- und	

Familienlebens nach Art. 8 EMRK .....	207
a. Rechtsnatur der EMRK.....	208
b. Schutzdimensionen des Art. 8 EMRK .....	209
2. Konvention Nr. 108.....	213
3. Art. 16 AEUV .....	214
4. Datenschutzrichtlinie.....	214
II. Schutzdimensionen des Privatlebens und des Schutzes personenbezogener Daten	215
1. Verhältnis von Art. 8 zu Art. 7 EU-Grundrechtecharta .....	216
a. Art. 8 GrCh als Teilausschnitt des Rechts auf Privatleben.....	217
b. Lex Specialis.....	218
c. Art. 8 GrCh als akzessorisches Kombinationsgrundrecht .....	219
d. Überlappende eigenständige Grundrechte.....	220
2. Schutzgut des Art. 7 EU-Grundrechtecharta.....	222
a. Privatleben und Öffentlichkeitsbezug .....	223
b. Teilhabe und Selbstschutz.....	226
c. Namentliche Selbstdarstellung.....	227
3. Schutzrichtung des Art. 8 EU-Grundrechte Charta.....	228
a. Der Blick auf die personenbezogenen Daten .....	228
b. Konkretisierungsbedürftigkeit durch Sekundärrecht .....	230
c. Eigenständige Grundrechtliche Positionierung .....	231
aa. Fairnessgrundsatz.....	234
bb. Zweckfestlegung .....	235
cc. Einwilligung oder sonstige gesetzlich geregelte legitime Grundlage .....	236
dd. Betroffenenrechte auf Auskunft und Berichtigung.....	237
ee. Erweiterung des Prinzipienkatalogs .....	238
ff. Kontrolle.....	240
4. Schrankenregelung .....	240
a. Art. 52 Abs. 1 GrCh.....	240
b. Art. 8 Abs. 2 GrCh.....	241
5. Zwischenergebnis.....	242
III. Reichweite im Privatrechtsverhältnis .....	243
1. Unmittelbare Drittwirkung .....	244
2. Mittelbare Drittwirkung.....	246
3. Schutzpflicht .....	247
a. Einheitliches Schutzniveau für staatliche und private Datenverarbeitung	249
b. Bemessungsfaktoren für risikobasierte Schutzpflichten.....	249
c. Autonomie, Selbstgefährdung und Selbstschutz .....	251
4. Zwischenergebnis.....	253
IV. Kommerzialisierung.....	254
1. Selbstbestimmungsbegrenzungen des Privatlebens .....	254
2. Schutz personenbezogener Daten .....	257
3. Objektiv-rechtlicher Gehalt .....	258
V. Zwischenfazit: Unionsgrundrechtliche Mindestanforderungen für einen Ökonomisierungsrahmen und Verbürgungen des Selbstschutzes .....	259
C. <i>Einflussrahmen im Mehrebenensystem informationellen Grundrechtsschutzes ...</i>	261
I. Anwendungsvorrang der EU-Grundrechtecharta .....	262

1.	Verfassungsrechtliche Grenzen des Unionsrechtsvorrangs .....	262
2.	Argumentation für ein Günstigkeitsprinzip .....	265
II.	Geltungsbereich der EU-Grundrechtecharta .....	266
1.	Nebeneinander, Miteinander oder Gegeneinander? .....	267
a.	Die Trennungsthese .....	268
b.	Die Kumulationsthese .....	270
c.	Fazit: Die Doppelstruktur im kooperativen Miteinander .....	272
2.	Maßstab der Gestaltungsoptionen eines privatrechtlich determinierten Rechtsrahmens im Wechselspiel zur Datenschutz-Grundverordnung .....	274
D.	Fazit .....	276
<b>3. Kapitel</b>	<b>Unterbindung von Datenzugriffen als Maßnahme des Selbstdatenschutzes auf mobilen intelligenten Endgeräten .....</b>	<b>279</b>
A.	<i>Einsatz von Softwareanwendungen zur Unterbindung von Datenzugriffen im Spannungsverhältnis zum Paradigma der Daten als Gegenleistung aus Nutzerperspektive .....</i>	<i>280</i>
I.	Einschränkungen der Kommerzialisierung durch das Datenschutzrecht .....	281
1.	Datenschutzrechtliche Legitimation der Datenpreisgabe über das Zivilrecht. ....	283
a.	Vorschlag einer Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte .....	284
b.	Zweckbezug der Datenverarbeitung .....	285
aa.	Die Wurzeln der Zweckbindung auf nationaler Ebene .....	286
bb.	Die Umsetzung der Zweckbindung auf EU-Ebene .....	287
c.	Einschränkung des Zugriffs und Begrenzung der Speicherfrist .....	288
d.	Betroffenenrechte .....	289
e.	Zwischenergebnis .....	290
2.	Datenschutzrechtliche Legitimierung der Datenpreisgabe als Gegenleistung im Rahmen der Erforderlichkeit zur Vertragserfüllung .....	290
a.	Vertragspartner .....	291
b.	Der Begriff der Erforderlichkeit .....	292
aa.	Historische Perspektive auf das Konzept der »Erforderlichkeit« ...	294
bb.	Systematisch- und zweckgebundene Auslegung .....	295
cc.	Teleologische Bestimmung des Erforderlichkeitsmerkmals .....	298
c.	Ergebnis .....	301
3.	Datenschutzrechtliche Legitimierung der Datenpreisgabe als Gegenleistung im Rahmen der Einwilligung .....	302
a.	Qualifikation der Einwilligung .....	303
aa.	Vertragsrechtliche Einordnung unter Berücksichtigung der unionsrechtlichen Rechtshierarchie .....	304
bb.	Datenschutzrechtliche Einwilligung und schlichte Einwilligung ...	306
b.	Autonomie (Freiwilligkeit) .....	307
aa.	Die Einwilligung zwischen genuinem Ausdruck informationeller Selbstbestimmung und bloßer Fiktion .....	309
bb.	Stärkung der Freiwilligkeit durch Beschränkung der Kopplung zwischen Vertrag und Einwilligung .....	312
i.	Wirkung als »absolutes Kopplungsverbot « .....	314

ii.	Das »Kopplungsverbot« als Auslegungshilfe .....	316
iii.	Das Synallagma als Ausnahme vom »Kopplungsverbot«?.....	319
iv.	Sicherstellung der Wahlfreiheit durch Alternativen .....	322
v.	Grundrechtskonforme Auslegung.....	325
	(1) Staatliche Beschränkung der Datenvermarktbarkeit .....	326
	(2) Stellungnahme zur Reichweite des sogenannten »Kopplungsverbots« .....	333
(a)	Die verpflichtete Freiwilligkeit.....	333
(b)	Lediglich rechtlich vorteilhaft – Anleihen aus dem Zivilrecht.....	335
(c)	Gedanke des Vorteils im Datenschutzrecht .....	337
(d)	Transparenz .....	339
vi.	Referenzzeitpunkt.....	340
cc.	Zwischenergebnis .....	341
c.	Reversibilität (Widerrufbarkeit).....	342
aa.	Schuldrechtliche Vertragsbindung im konzeptuellen Konflikt zur Widerrufbarkeit der Einwilligung .....	343
bb.	Unverzichtbarkeit des Widerrufs .....	344
i.	Leistungsstörungenrechte als Hemmnisfaktoren der Widerrufbarkeit .....	346
ii.	Einschränkung des Widerrufs nach Treu und Glauben.....	349
iii.	Auswirkungen des Widerrufs .....	350
	(1) Vertragsannahme unter auflösender Bedingung des Widerrufs .....	351
	(2) Sonderkündigungsrecht.....	352
cc.	Erklärung des Widerrufs .....	352
d.	Transparenz (Informiertheit).....	353
aa.	Preistransparenz und Wertbestimmung .....	356
bb.	Verarbeitungstransparenz und Bestimmtheit.....	357
cc.	Einwilligungserklärungen in AGB .....	358
e.	Drittbezug personenbezogener Daten .....	361
4.	Datenschutzrechtliche Legitimation im Rahmen der Interessenabwägung .....	362
5.	Zwischenergebnis .....	367
II.	Schuldrechtliche Adressierung von Verträgen über personenbezogene Daten als Gegenleistung bei der Applikationsnutzung auf mobilen intelligenten Endgeräten .....	368
1.	Phänomene der Kostenloskultur .....	368
a.	Fallgruppen typisierter Applikationsangebote .....	368
b.	Daten als Ware oder Währung .....	370
2.	Bestehen eines synallagmatischen Austauschverhältnisses de lege lata .....	372
a.	Anwendbares Recht .....	373
b.	Vertragsparteien.....	374
aa.	Vertragsstrukturen.....	375
bb.	Gedanke des Netzwerkvertrags .....	376
cc.	Ergebnis .....	378
c.	Vertragstypologische Einordnung punktueller Vertragsleistungen .....	379
aa.	Kaufvertrag .....	379
bb.	Tauschvertrag.....	381

i.	Abgrenzung eines bindenden Antrags von der invitatio ad offerendum .....	382
ii.	Erkennbarkeit des Gegenleistungscharakters nach dem objektiven Erklärungszeitraum .....	384
(1)	Leistungsbestimmung in AGB .....	386
(2)	Verbraucherverträge .....	388
(a)	Besondere Informationspflichten .....	388
(b)	»Button-Lösung« .....	390
(3)	Verhältnis Datenschutz und Verbraucherschutz .....	393
iii.	Zwischenergebnis .....	394
cc.	Schenkung .....	394
i.	Unentgeltlichkeit .....	395
(1)	Offener und versteckter Dissens .....	398
(2)	Geheimer Vorbehalt .....	398
ii.	Form .....	399
iii.	Folgen .....	400
dd.	Zwischenergebnis .....	402
d.	Vertragstypologische Einordnung vertraglicher Leistungen mit Dauerschuldcharakter .....	403
aa.	Dienst- oder Werkvertrag mit Dauerschuldcharakter .....	403
i.	Nutzungsgewährung der Anwendungssoftware .....	404
ii.	Erkennbarkeit des Gegenleistungscharakters .....	405
iii.	Gegenleistung der Nutzenden .....	405
bb.	Auftrag .....	406
cc.	Miet- und Pachtvertrag .....	407
i.	Nutzungsgewährung der Anwendungssoftware .....	407
ii.	Erkennbarkeit des Gegenleistungscharakters .....	409
iii.	Gegenleistung der Nutzenden .....	409
(1)	Vertragstypologische Kombination aus Einmal- und Dauerleistung .....	411
(2)	Laufzeitbegrenzung durch Einwilligung mit Ablaufdatum .....	412
(3)	Erhaltung des zum vertragsgemäßen Gebrauch geeigneten Zustands .....	413
(4)	Abgrenzung Tausch- und Mietvertrag .....	414
dd.	Leihe .....	415
e.	Vertrag sui generis .....	415
f.	Zwischenergebnis .....	416
3.	Begründung eines synallagmatischen Austauschverhältnisses de lege ferenda .....	417
a.	Vorschlag einer Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte .....	418
b.	Etablierung eines »Datenvertrags« im Bürgerlichen Gesetzbuch .....	420
III.	Rechtsfolgen eines »Datenvertrags« bei Fehlen oder Unwirksamkeit der Einwilligung .....	422
1.	Einklagbarkeit der Einwilligung und Datenbereitstellung .....	423
a.	Wertungen des Persönlichkeitsschutzes .....	423
b.	Die Freiwilligkeit der Einwilligung .....	424

c. Praktische Folgen.....	426
2. Unwirksamkeit der Einwilligung.....	427
a. Fehlender Entgeltcharakter des Vertrags .....	427
b. Unwirksamkeit des Vertrags.....	427
c. Unmöglichkeit der Leistung .....	428
3. Zwischenergebnis.....	428
IV. Fazit.....	429
<i>B. Bereitstellung von Softwareanwendungen zur Unterbindung von Datenzugriffen im Spannungsverhältnis zu datenbasierten Geschäftsmodellen .....</i>	
I. Allgemeine lauterkeitsrechtliche Tatbestandsvoraussetzungen.....	431
1. Bereitstellung technischer Datenkontrolllösungen als Geschäftshandlung im Sinne des Lauterkeitsrechts.....	432
2. Konkretes Wettbewerbsverhältnis zwischen Anbietern digitaler Inhalte und Anbietern technischer Datenkontrolllösungen .....	433
3. Zurechnung des Nutzerverhaltens .....	435
II. Behinderungstatbestände gezielter Wettbewerbsbehinderung.....	436
1. Verdrängungsabsicht.....	438
2. Verleiten zum Vertragsbruch.....	440
a. Unlauterkeit bei Annahme eines Datenvertrags.....	441
aa. Erklärung des Widerrufs .....	441
bb. Folgen des Widerrufs.....	442
b. Unlauterkeit bei Fehlen eines Datenvertrags.....	442
3. Mittelbare Produkteinwirkungen .....	443
a. Code is Law und Vertrauensgrenzen im Digitalen.....	444
aa. Steuerungswirkung des Systemdesigns und Allgemeinwohlbelange im Grundrechtsschutz.....	445
i. Schutzbereich der Eigentumsgarantie.....	446
ii. Übertragung des Gedankens der Sozialpflichtigkeit auf die Berufsfreiheit.....	447
iii. Die Sozialpflichtigkeit im Rahmen der EU-Grundrechte .....	449
bb. Zwischenergebnis .....	450
b. Gegenbegrenzung impliziter und expliziter Systemgrenzen und rechtliche Rahmenbedingungen zur Anpassungsfähigkeit.....	450
aa. Softwareanpassungen im Konflikt zum Urheberrechtsschutz .....	451
i. Schutz von Computerprogrammen .....	452
ii. Zustimmungsbefürftige Handlungen .....	453
(1) Eingriff in den Programmablauf .....	454
(2) Eingriff in die Programmsubstanz .....	455
(3) Nichtansteuerung einzelner Programmkomponenten.....	456
(4) Schlichte Einwilligung.....	457
(5) Zwischenergebnis .....	458
iii. Schranke.....	458
iv. Nutzungsrechte und Bedingungen .....	461
bb. Zugang und Veränderung von Daten im Konflikt zum Strafrechtsschutz.....	461
i. Überwindung technischer Schutzmaßnahmen und Strafbarkeit des Ausspähöns von Daten.....	461

(1) Datenverfügungsbefugnis .....	462
(2) Zugangssicherung .....	463
ii. Strafbarkeit der Datenveränderung.....	465
iii. Fälschung beweisheblicher Daten .....	468
iv. Vorbereitungshandlungen durch Herstellung und Verbreitung eines Computerprogramms.....	469
cc. Befugnis zur Systemanpassung und Überwindung technischer Schutzmaßnahmen .....	471
i. Datenschutztools zur Fehlerkorrektur als Mängelbeseitigung ..	471
(1) Mangelhafte Leistung .....	472
(2) Möglichkeiten der Selbstvornahme.....	474
(3) Wechselwirkungen zum Urheber- und Strafrecht .....	475
ii. Geschäftsführung ohne Auftrag.....	476
iii. Urheberrechtliche Schranken zur Systemanpassung und Umgehung technischer Schutzmaßnahmen .....	478
(1) Dekompilierung zur Herstellung von Interoperabilität.....	479
(2) Technische Schutzmaßnahmen nach § 95a UrhG .....	480
(3) Wechselwirkungen zum Strafrecht .....	481
iv. Ausblick auf die Erlaubnis des Reverse Engineering .....	483
v. Vergleich zur Fair-Use-Doktrin.....	485
c. Zwischenergebnis .....	486
4. Gesamtabwägung widerstreitender Interessen zur Ermittlung der Unlauterkeit.....	487
a. Kostenloskultur und Allgemeininteressen.....	488
b. Selbstdatenschutzanwendungen als digitale Schiedsrichter .....	489
5. Zwischenergebnis .....	490
III. Allgemeine Marktstörung .....	491
C. Fazit.....	493
<b>4. Kapitel Inhaltliche Manipulation von Daten als Maßnahme des   Selbstdatenschutzes auf mobilen intelligenten Endgeräten .....</b>	<b>497</b>
<i>A. Datenmanipulation als Selbstdatenschutzmaßnahme im Spannungsverhältnis   zum Vertrag über Daten als Gegenleistung (Datenvertrag).....</i>	<i>499</i>
I. Anwendung des Mangelbegriffs auf personenbezogene Daten im Rahmen eines Datenvertrags.....	500
1. Diagnose potentieller Folgen der Schlechterfüllung im Rahmen eines Datenvertrags .....	501
a. Anwendung der Stufenprüfung.....	502
b. Potentielle Folgen .....	502
2. Datenmanipulation durch Verändern der Bezugsinformation.....	503
a. Wirkungsdimensionen der Anonymisierung und Pseudonymisierung.....	506
b. Identifizierungspflichten .....	509
aa. Vertraglich vereinbarte Klarnamenspflichten .....	509
i. Bewertbarkeit von Klarnamenspflichten .....	510
(1) Ausweichbarkeit im Rahmen des Datenvertrags.....	511

	(2) Leistungsgegenstand im Rahmen der Inhaltskontrolle.....	512
	(3) Abweichen vom gesetzlichen Leitbild .....	513
ii.	In die Bewertung einzustellender Interessenrahmen.....	513
	(1) Mehrpoligkeit von Refinanzierungsmodellen .....	515
	(2) Multipolare Plattformen und Netzwerke.....	518
	(3) Gründe für den anonymen oder pseudonymen Datenvertrag .....	519
	(a) Realnamen, Alias, Künstler- und Tarnnamen .....	520
	(b) Identität und Name .....	523
	(c) Multiple Persönlichkeiten oder grundrechtlicher Schutz virtueller (Teil-)Identitäten.....	526
	(d) Schutzabsenkung bei bewusster oder beruflich erfolgter Vorveröffentlichung.....	527
	(4) Unangemessene Benachteiligung.....	528
bb.	Erforderlichkeit des Zugangs zum Klarnamen nach der vertraglich vorausgesetzten oder gewöhnlichen Verwendung.....	530
	i. Rechtsverfolgungsvereinfachung .....	530
	(1) Haftung für Nutzerverhalten – die Rapidshare-Fälle .....	531
	(2) Haftung für Nutzerverhalten – persönlichkeitsverletzende Äußerungen .....	532
	(3) Haftung für Persönlichkeitsverletzungen – Delfi .....	533
	(4) Datenerfassung zur Weitergabe – Tele2 und Promusicae .....	534
	(5) Datenerfassung zur Weitergabe – Strafverfolgung .....	535
	(6) Zwischenergebnis .....	535
	ii. Identitätsfeststellung im Rechtsverkehr .....	536
	(1) Täuschung über die Identität.....	536
	(2) Täuschung zur Erlangung eines Vermögensvorteils .....	537
	(a) Unrichtige oder unvollständige Daten .....	538
	(b) Vermögensverschiebung.....	539
	(3) Identifizierungspflichten im Rahmen von Transparenzregeln.....	540
	c. Zwischenergebnis .....	541
3.	Datenmanipulation durch Verändern des Informationsgehalts .....	542
	a. Besonderheiten personenbezogener Daten bei der Prüfung der negativen Abweichung der Ist- von der Sollbeschaffenheit .....	542
	b. Wertungen des Persönlichkeitsschutzes .....	544
	c. Klardatenpflichten .....	545
	aa. Vertraglich vereinbarte Klardatenpflichten .....	545
	bb. Erforderlichkeit des Zugangs zu Klardaten nach der vertraglich vorausgesetzten oder gewöhnlichen Verwendung.....	546
	cc. Potentielle Konsequenzen der Datenmanipulation.....	547
	i. Fälschung beweisheblicher Daten .....	547
	ii. Computerbetrug.....	548
	(1) Dreiecksbetrug.....	549
	(2) »Weiterfressender« Betrug .....	549
	d. Zwischenergebnis .....	550
II.	Das Recht auf Lüge.....	550
	1. Übertragbarkeit auf den Applikationsmarkt .....	551

a.	Unzulässigkeit der Frage.....	552
aa.	Diskriminierungsverbote.....	553
bb.	Gedanke der Diskriminierungsprävention im Datenschutz .....	555
b.	Fehlende Option des Verschweigens .....	558
aa.	Abhängigkeitsverhältnis.....	558
bb.	Vorwirkungen externer Abhängigkeitsverhältnisse .....	558
2.	Zwischenergebnis.....	560
III.	Fazit: Grundrechtskonforme Auslegung des Mangelbegriffs im Rahmen eines Datenvertrags.....	560
B.	<i>Optionen und vertragsrechtliche Grenzen des Selbstschutzes durch Datenmanipulation ohne Vereinbarung über Daten als Gegenleistung</i> .....	561
I.	Vertragliche Begrenzungen des Selbstschutzes durch Datenlüge aus bilateraler Perspektive.....	562
1.	Rücksichtnahmegebote.....	562
2.	Entzug der Leistung wegen arglistiger Täuschung .....	563
II.	Rechtfertigung einer Datenlüge als Selbstverteidigung.....	565
1.	Recht auf Lüge als »Datennotwehr«.....	566
a.	Gegenwärtig rechtswidriger Angriff.....	566
aa.	Rechtswidrigkeit des Datenzugriffs .....	568
i.	Vorliegen einer Einwilligung .....	568
ii.	Erforderlichkeit zur Vertragserfüllung .....	569
(1)	Unterscheidung von Basis- und Nebenfunktionalitäten ....	569
(2)	Zweckändernde Weiterverarbeitung .....	572
iii.	Interessenabwägung .....	572
(1)	Erforderlichkeit für berechnigte Interessen.....	573
(2)	Überwiegen der Betroffeneninteressen .....	575
(3)	Widerspruchslösung.....	576
iv.	Gesetzlich angeordnete Datenerhebung.....	577
bb.	Ausblick auf die ePrivacy-VO .....	578
b.	Datenmanipulation als Notwehrhandlung .....	579
aa.	Pflicht staatlichen Rechtsschutz einzuholen.....	579
bb.	Geeignetheit und Erforderlichkeit.....	580
i.	Daseinsvorsorge und Sicherung der persönlichen Lebensverhältnisse .....	581
ii.	Monopole und Netzwerke .....	583
iii.	Wesentliche Bedeutung .....	585
cc.	Einschränkung des Notwehrrechts .....	586
i.	Selbstverschuldung.....	586
ii.	evidente Disproportionalität der Abwehrmittel .....	588
2.	Irrtum .....	588
3.	Zwischenergebnis.....	589
III.	Das Verhältnis zu Dritten in mehrpolig determinierten Interessenkonflikten .....	590
1.	Zurechnung und Verantwortlichkeit im Hinblick auf die Rolle des Dritten .....	590
2.	Notstand gegenüber unbeteiligten Dritten .....	591
3.	Schutzpflichtausweitung.....	593
4.	Allgemeininteressen .....	593

IV. Fazit.....	594
C. <i>Selbstschutz durch Datenmanipulation als unerlaubte Handlung</i> .....	595
I. Deliktsschutz Beteiligter des »Datenprimärmarkts« aus bilateraler Perspektive.....	595
1. Daten als sonstiges Recht i.S.d. § 823 Abs. 1 BGB.....	596
2. Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb .....	597
a. Rechtmäßiger Gewerbebetrieb.....	598
b. Betriebsbezogener Eingriff.....	598
aa. Kumulative Kausalität.....	599
bb. Vorsätzliches Handeln .....	599
c. Rechtswidrigkeit.....	600
aa. Datennotwehr.....	600
bb. Interessen und Güterabwägung .....	600
3. Verletzung eines Schutzgesetzes .....	601
a. Schutzgegenstand Daten .....	601
b. Schutzgegenstand Vermögen .....	602
c. Schutzgegenstand Rechtsverkehr .....	603
d. Rechtfertigung .....	603
4. Sittenwidrige Schädigung.....	604
5. Zwischenergebnis.....	605
II. Schutzausweitung auf Beteiligte des »Datensekundärmarkts« aus multipolarer Perspektive .....	606
III. Ein Recht auf Unschärfe .....	607
1. Ausgleichende Funktion.....	608
a. Gefährdungskompensation .....	608
b. Erkennbarkeit.....	609
c. Drittwirkung .....	610
d. Abgrenzung zur Verschleierung .....	610
2. Anwendungsszenarios .....	612
a. Unschärfe durch Verrauschen und Aggregieren .....	613
b. Unschärfe durch Auslassung.....	614
c. Unschärfe Identifizierung .....	615
3. Rückkopplung im Rechtsrahmen.....	616
a. Grundrechtsrahmen.....	616
b. Anknüpfung im einfachen Recht .....	616
D. <i>Bereitstellung von Softwareanwendungen zur Manipulation von Daten im Spannungsverhältnis zu datenbasierten Geschäftsmodellen</i> .....	617
I. Fall eines Datenvertrags.....	618
II. Konstellationen ohne Datenvertrag .....	619
III. Legale und illegale Einsatzmöglichkeiten .....	620
E. <i>Fazit: Ausgestaltung und Grenzen eines Selbstschutzrechts</i> .....	621
<b>5. Kapitel Schlussbetrachtung und Fazit</b> .....	625
A. <i>Neue Währung? Personenbezogene Daten sind kein Öl</i> .....	626

I. Personenbezogene Daten als Gegenleistungsgegenstand .....	627
II. Datenökonomie und Grundrechtsschutz.....	629
1. Selbstbestimmung, Selbstbewahrung und Selbstdarstellung .....	629
2. Selbstbestimmung ist keine Exklusivzuweisung .....	632
3. Selbstbestimmung und die Kommodifizierung des in Daten repräsentierten Menschen .....	634
III. Realisierung und Regulierung der Datenökonomie .....	636
1. Kopplungsverbot als gerechtfertigte Form des Paternalismus .....	636
2. Unverzichtbarkeit des Widerrufs .....	638
3. Kopplung Datenschutz und Datenvertrag – Gestaltung des Datenschuldrechts .....	639
4. Verbraucherschutz und Persönlichkeitsschutz.....	640
<i>B. Lug und Trug? Schutz und Trutzwehr im Datenschutz.....</i>	<i>644</i>
I. Das Instrument der Lüge und das Recht.....	644
1. Das Instrument der Lüge als Angriffswerkzeug .....	644
2. Das Instrument der Lüge als Schutzmechanismus.....	645
3. Faktoren für einen vermittelnden Ausgleich.....	646
II. Recht auf Lüge als Datennotwehr .....	649
III. Die Datenschuld beim Datenvertrag zwischen mangelhafter Leistung und zulässiger Selbstinszenierung .....	650
<i>C. Do it yourself? Optionen und Grenzen des Selbstschutzes.....</i>	<i>652</i>
I. Verankerung technischen Selbstdatenschutzes im Rechtsrahmen .....	653
II. Angebot einer Selbstdatenschutzlösung.....	655
III. Recht auf Selbstdatenschutz durch Unschärfe .....	657
<b>Abkürzungen .....</b>	<b>659</b>
<b>Literatur .....</b>	<b>663</b>
<b>Literatur (Sonstiges).....</b>	<b>705</b>
<b>Sachregister.....</b>	<b>707</b>